

1. V e r m e r k

Entwurf der Gigabitstrategie des Landes Sachsen-Anhalt;

**Gespräch der Kommunalen Spitzenverbände mit Minister Prof. Dr. Willingmann
am 28. September 2018**

Teilnehmer:

Minister	Prof. Dr. Willingmann,	MW
Staatssekretär	Wünsch,	MW
Abteilungsleiter	Nebel,	MW
Referatsleiter	Struhkamp,	MW
Präsident	Ziche,	LKT SA
Geschäftsführer	Theel,	LKT SA
1. Beigeordneter	Liebenehm,	SGSA
Beigeordneter	Weiß,	LKT SA

Nach der Beratung des Entwurfs der Gigabitstrategie im Digitalisierungskabinett am 29. Mai 2018 hatten die Kommunalen Spitzenverbände die eingeräumte Gelegenheit genutzt, eine ausführliche schriftliche Stellungnahme zum Strategieentwurf abzugeben. Die Beratung diente einer ersten gemeinsamen Erörterung der vorgetragenen kommunalen Positionen sowie der Information über das geplante weitere Vorgehen der Landesregierung.

Als Ergebnis der Beratung ist folgendes festzuhalten:

- Seitens des Ministeriums wird eingangs ausgeführt, dass die wesentlichen Inhalte der Gigabitstrategie im Ergebnis offen seien. Die Verabschiedung der Strategie durch die Landesregierung sei für Ende 2018 geplant. Die weiteren Überlegungen zur Fortentwicklung des Papiers würden - solange der Bund noch nicht abschließend entschieden habe, ob die Mittel aus dem Gigabitfonds den Ländern zur Förderung des Glasfaserausbaus übertragen werden - auf der Grundlage von Hypothesen erfolgen.
- MW hebt hervor, dass der jetzige Entwurf der Gigabitstrategie von der Prämisse ausgehe, dass die Bundesmittel für die Glasfaserförderung auf die Länder übertragen würden. Hierfür spreche, dass der Bundesrat sich zuletzt anlässlich der Beratung zum Digitalfondsgesetz dafür ausgesprochen habe, die Finanzhilfen - wie beim Digitalpakt Schule - auf die Länder zu übertragen.

Entgegen der Position des Bundesrates gehe die Arbeitsebene des BMVI jedoch nach wie vor davon aus, dass die Fördermittel direkt vom Bund an die Zuwendungsempfänger vergeben werden.

- Seitens der Kommunalen Spitzenverbände wird betont, dass der Glasfaserausbau von der kommunalen Ebene gesteuert werden müsse, damit nach dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum ein flächendeckendes Glasfasernetz entsteht.

Insoweit werde die Bildung einer Landesgesellschaft zur zentralen Steuerung der Glasfaserförderung (ohne kommunale Beteiligung) abgelehnt.

- Minister Willingmann erklärt, das Land werde sich künftig bei der Zielsetzung für den flächendeckenden Glasfaserausbau am Zieljahr 2025 orientieren und dies kommunizieren, auch wenn grundsätzlich klar sei, dass ein flächendeckender Glasfaserausbau bis dahin nicht erreicht werden könne.

Zudem sei die Bildung einer neuen Landesgesellschaft nicht prioritär. Gleichwohl verfolge das Land derzeit eine „Zentralisierung“ des Glasfaserausbaus. Hierfür könne die Bündelung der strategischen Aufgaben beim Ministerium ausreichen.

Aus Sicht des Ministeriums spreche für einen zentralen Ansatz, dass ein Förderverfahren mit einer direkten Zuschussgewährung an Maßnahmenträger nach dem Wirtschaftlichkeitslückenmodell effektiver sei. Klar sei aber auch, dass Kommunen und Zweckverband Breitband Altmark im Betreibermodelle direkt gefördert würden.

Zum erneuten Einwand der Kommunalen Spitzenverbände, dass die Kommunen maßgeblich in die Ausbaugestaltung einzubeziehen seien, erwidert Minister Willingmann, dass eine wie auch immer organisierte „zentrale Stelle“ einen partizipativen Ansatz sicherstellen werde.

- Staatssekretär Wunsch ergänzt, die Überlegungen, die „zentrale Stelle“ an einer geeigneten Stelle zu implementieren, seien noch nicht abgeschlossen. Hierfür könne auch die durch ihre gute Arbeit bekannte Investitionsbank in Betracht kommen.

Aus kommunaler Sicht werden gegen diese Überlegung aufgrund der bisherigen Erfahrungen bei der Abwicklung von Fördermaßnahmen Bedenken angemeldet.

- Minister Willingmann signalisiert seine Bereitschaft, die Organisationsentscheidung über eine operative Stelle weiterhin gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden erörtern zu wollen.
- GF Theel regt an, dass der Steuerungskreis „Breitband“ aus seiner bisherigen Anonymität in ein neues offenes Format überführt werden müsse. In das neue Gremium seien alle Landkreise einzubeziehen. Dies werde zur besseren Transparenz der Förderung beitragen und eine direkte Klärung von Problemen ermöglichen. MW stimmt diesem Vorschlag dem Grund nach zu.

- Auf Nachfrage bestätigt Herr Struhkamp, dass die bisherigen Probleme und Hürden bei der Abwicklung von Fördermaßnahmen gemeinsam aufgearbeitet werden sollen.
- MW betont, dass das von kommunaler Seite kritisierte Fördermoratorium vom Bundesministerium der Finanzen angeregt wurde, um geförderte Investitionen vor Überbau zu schützen und Schadensersatzforderungen zu vermeiden. Diese Überlegungen seien jedoch auf Bundesebene noch nicht abgeschlossen, da das BMVI die Auffassung vertrete, dass die Weiterentwicklung der Breitbandinfrastruktur und damit deren Überbau nicht verhindert werden könne.

Entscheidend werde daher die abschließende Positionierung auf Bundesebene sein. Das Fördermoratorium könne beispielsweise auch nur drei statt sieben Jahre betragen. Zudem sei denkbar, dass mit gleitenden pragmatischen Übergängen zeitnahe Ausbaumaßnahmen mit Glasfaser ermöglicht werden könnten.

- MW informiert, dass in den Landkreisen Wittenberg und Jerichower Land im Modell der Wirtschaftlichkeitslücke ein „Upgrade“ stattfinde. Ab dem Hauptverteiler der Telekom werde das vorhandene Netz (teilweise) mit Glasfaser überbaut. Ohne ein besonderes Upgrade-Verfahren zu durchlaufen, werde das MW die Mehrkosten fördern und schaffe insoweit eine individuelle Lösung.
- Seitens der Kommunalen Spitzenverbände wird noch einmal hervorgehoben, dass ein flächendeckendes Glasfasernetz das entscheidende Ziel sei. In der Altmark würde Glasfaser in weißen Flecken ausgebaut, während zentrale Orte wegen der Ausbauankündigungen oder -vorhaben von Telekommunikationsunternehmen von dieser Entwicklung ausgeschlossen seien. Hier müsse künftig ein Weg gefunden werden, wie auch in diesen Orten der Glasfaserausbau realisiert werden könne.
- Präsident Ziche fragt nach, wie sich der Digitalisierungsbeirat zum Strategieentwurf positioniert habe. Dem Vernehmen nach hätten sich einzelne Mitglieder des Beirates kritisch geäußert.

MW informiert hierzu, dass der Gigabitbeirat der Landesregierung bislang noch keine einheitliche Stellungnahme vorgelegt habe. Die Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen sei derzeit noch nicht abgeschlossen. Die für das Ministerium wichtige Stellungnahme der Telekom fehle ebenfalls.

- Minister Willingmann sagt zu, die Gespräche über die Gigabitstrategie mit den Kommunalen Spitzenverbänden fortzusetzen, bevor das Digitalisierungskabinett die Strategie endgültig verabschiedet.
- Da eine Diskussion im Landräte-Seminar mit Minister Willingmann aus Termingründen zeitnah nicht möglich ist, bietet er an, in kleiner Runde das heutige Gespräch fortzusetzen. Diese Zusage verbindet der Minister mit der Frage an die kommunale Ebene, wie sie helfen könne, die Buchung von Gigabit-Angeboten durch die potenziellen Kunden zu steigern.
- Präsident Ziche hebt noch einmal hervor, dass der Glasfaserausbau eine Infrastrukturaufgabe sei. Die fortschreitende Digitalisierung werde rasch Anwendun-

gen und Nutzungen nach sich ziehen, die die Kunden veranlassen werden, höhere bzw. höchste Übertragungsraten nachzugefragen. Im Übrigen benötige der parallel erforderliche 5G-Ausbau Glasfaserverbindungen, wodurch die wirtschaftliche Netznutzung ebenfalls verbessert werde.

Weiß